

Sozialstaat im Ausverkauf – Widerstand jetzt!

Aufruf für Aktionen gegen die Agenda 2010 und kommunalen Ausverkauf
am 18. Oktober in Witten

Eine faktisch "große" Koalition im Bundestag arbeitet mit Hochdruck an der Demontage wesentlicher Grundpfeiler der sozialen Sicherung und der Rahmenbedingungen für die Erwerbsarbeit in Deutschland. Die Schaffung von ungesicherten Arbeitsplätzen soll wirtschaftlich interessant gemacht, die Arbeitskraft soll im großen Stil verbilligt, flexibilisiert und vereinzelt werden.

Die Bezüge vieler Arbeitsloser werden vom nächsten Jahr an auf Sozialhilfeniveau gesenkt, verbunden mit der Verpflichtung, unterbezahlte Arbeit und unabgesicherte Minijobs anzunehmen oder den Weg in die riskante Scheinselbständigkeit zu wählen. Zahlreiche Menschen stehen vor tiefgreifenden Einschnitten in ihre Lebensgrundlagen. Sie blicken voll Angst und Sorge in das nächste Jahr, kämpfen um individuelle Lösungen, wohl wissend, dass die Chancen gering sind.

Die traditionsreiche Sozialversicherung in Deutschland steht vor einem Systemwechsel. Die Arbeitgeber werden ent-, die Arbeitnehmer belastet. Das Prinzip der paritätischen Kostenteilung wird aufgehoben. Bislang selbst-verständliche Gesundheitsleistungen werden kostenpflichtig. Rentenerhöhungen werden ausgesetzt, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird diskutiert. Das gesamte gesellschaftliche Klima richtet sich mehr und mehr gegen die Alten und Armen. Solidarität wird durch Konkurrenz im Überlebenskampf ersetzt. Motto: Rette sich wer kann.

Trotz massiver Defizite in allen öffentlichen Haushalten bleibt die Politik der Steuerleichterungen für Konzerne und Vermögende unkorrigiert. Gespart wird fast ausschließlich zu Lasten der Arbeitnehmer und Erwerbslosen, der sozialen Vorsorge und Investitionen, der Städte und Gemeinden, die vor der größten Pleite der Nachkriegsgeschichte stehen.

Bund, Länder und Gemeinden bereiten weitere Privatisierungen öffentlichen Eigentums vor. Langfristig notwendige öffentliche Dienste, Güter und Unternehmen wie Arbeitsvermittlung, Gesundheit, Bildung, Wasser,

Wohnen, Schienenwege... werden den Interessen der Privatwirtschaft, Spekulanten, Börsen und Konzernen überlassen.

In Witten und überall im Lande stehen öffentliche Leistungen, kommunale und soziale Einrichtungen vor dem Aus. Im öffentlichen Dienst und besonders in den Städten wird seit langem ein Personalabbau ohne Perspektive betrieben. Jetzt soll die Arbeitszeit unbezahlt verlängert und zugleich sollen die Gehälter gekürzt werden. Die Rolle der Gewerkschaften und des Flächentarifvertrages wird systematisch untergraben.

Die soziale Konsequenz dieser Strategie wird eine Armutsentwicklung und soziale Ausgrenzung sein, wie wir sie in der Bundesrepublik bislang nicht kannten. Zugleich werden die Möglichkeiten mit öffentlichen Maßnahmen und Investitionen reagieren zu können, untergraben. Wesentliche Grundpfeiler der kollektiven Interessenwahrnehmung werden eingerissen. Auch wirtschaftlich sind die Konsequenzen fatal: Billigarbeit, soziale Spaltung, geschwächte Massenkaufkraft und geplünderte öffentliche Infrastrukturen sind keine Grundlage für ökonomische Gesundheit in einem hochindustrialisierten Land.

Nicht der Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften, nicht die Umverteilung von unten nach oben, sondern die Beseitigung von Steuerbegünstigungen, das systematische Abschöpfen von Steuerfluchtmöglichkeiten und der Abbau unnötiger oder verfehlter Subventionen ist der richtige Weg. Nicht der generelle Rückzug des Staates, sondern eine demokratische und zielgerichtete Reform öffentlicher Einmischung in das Marktgeschehen einschließlich dringend erforderlicher Investitionen in den Kommunen, der Bildung und der sozialen Infrastruktur ist das Gebot der Stunde.

All das schließt ein, dass es zu neuen Formen übernationaler Steuerung kommen muss, damit auf die wirtschaftliche Globalisierung reagiert werden kann. Die erste und beste Reaktion ist aber immer noch die Verteidigung der bestehenden öffentlichen Einwirkungsmöglichkeiten.

Beißen wir zu, so lange wir uns den Zahnarzt noch leisten können!

Am und um den 20. Oktober wird es bundesweit zu dezentralen Protestaktionen gegen die Agenda 2010 kommen. In diesem Rahmen und aus diesem Anlass ruft das Sozialforum Witten, ein offenes Bündnis von sozialen Organisationen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen auf zu

Aktionen für Soziale Demokratie in Witten

Beginn der Demonstration: Sa., 18. Oktober, 11:30 Uhr Rathausplatz Witten

SOZIALE REFORMEN SIND NÖTIG!

Mit unseren Aktionen am 18. Oktober wenden wir uns gemeinsam gegen

- die Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder
- gegen die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Verpflichtung, jede Arbeit, auch zu den miesesten Bedingungen annehmen zu müssen
- gegen die erzwungene Kürzung von Löhnen und Gehältern
- gegen die einseitige Belastung der Versicherten mit den Kosten des Zahnersatzes und weitere notwendiger Gesundheitsleistungen
- gegen die Aushöhlung des Paritätsprinzips in der Sozialversicherung
- gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten und der Lebensarbeitszeiten
- gegen die Aushöhlung der Tarifautonomie
- gegen die Kürzungen in den Sozialhaushalten des Landes und des Bundes
- gegen die konzeptionslose Rasenmähermethode bei der Kürzung von Subventionen
- gegen die Ausgaben für Rüstung und Krieg
- gegen die Untätigkeit der Bundesregierung in Sachen Gemeindefinanzreform
- gegen die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und begrenzter Ressourcen, u.a. die Privatisierung der beruflichen Bildung, der Wasserwerke, die weitere Privatisierung der Schienenwege
- gegen den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen, der Stadtwerke und kommunalen Wohnungsunternehmen
- gegen die Abwälzung von wirtschaftlichen Risiken im Immobilienbestand auf die Mieter durch Einzelverkäufe von Wohnungen
- gegen die konzeptionslose Schließung öffentlicher Einrichtungen und die Missachtung des Bürgerwillens, zum Beispiel im Fall des Wittener Stadtbades
- gegen Spitzengehälter und Intransparenz in öffentlichen Unternehmen
- gegen weiteren Personalabbau in der Stadtverwaltung und gegen die Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen
- gegen Filz und Inkompetenz in der Wittener Kommunalpolitik

Wir fordern:

- konsequente Besteuerung der Gewinne und Vermögen
- eine Arbeitsmarktpolitik, die die bestehenden Standards erhält
- eine Entlastung der Lohnnebenkosten von versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungsbeiträgen, eine effiziente Kontrolle der pharmazeutischen Industrie und eine flexible Lebensarbeitszeitgestaltung ohne Zwang
- eine Teilung der vorhandenen Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung und Abbau von Überstunden
- die Konzentration öffentlicher Ausgaben auf nachhaltige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und das soziale Zusammenleben
- den Abbau der Rüstungsausgaben
- eine konsequente Gemeindefinanzreform, die die gesamte lokale Wertschöpfung erfasst und einen Teil der Steuereinnahmen nach einem erneuerten Bedarfsschlüssel auf die Gemeinden verteilt
- eine ausreichende Finanzierung der Aufgabenerfüllung der Kommunen durch Land und Bund
- die gezielte Umverteilung von Subventionen ohne nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Sinn, zum Beispiel Ersatz der Eigenheimzulage durch eine Investitionszulage für Städte- und Wohnungsbauinvestitionen
- einen gesetzlichen Schutz öffentlicher Güter und Ressourcen vor Privatisierungen
- wirksamen Schutz öffentlicher Dienste vor weiteren Deregulierungen
- Investitionen in die öffentliche Bildung, in kinderfreundliche Städte
- wirksame Maßnahmen gegen die Kinderarmut
- Ausbildungsplätze und eine strategische Personalentwicklung mit gezielten Neueinstellungen in der Stadtverwaltung Witten
- eine Umorientierung der Politik in Witten auf die soziale Verbesserung der Stadtteile
- die Sicherung öffentlicher Einrichtungen in Witten im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.
- eine demokratische Erneuerung der politischen Institutionen in Witten
- Das Stadtbad darf keine Spekulations-Ruine bleiben!

Dafür – und für weitere Inhalte der beteiligten Organisationen - demonstrieren wir am

18. Oktober, 11:30 Uhr in Witten, Rathausplatz

Am Rande und am Ende der Demonstration sind phantasievolle Aktionen von Beteiligten geplant.

**Kommt alle! Bringt Freunde, Bekannte, Kinder und Transparente mit!
Schließt euch diesem Aufruf an! Verbreitet diesen Aufruf weiter!**

Allein machen sie dich ein!

Ein anderes Witten ist möglich!

Erstunterzeichner: Attac Witten, Rüdiger Heescher ; Bürgerinitiative „Rettet das Stadtbad“, Uwe Jakomeit; Friedensforum Witten, Joachim Schramm; Habitat Forum Witten/Habitat-Netz e.V., Martin Halberstadt ; MieterInnenverein Witten u. Umg. e.V., Knut Unger; Rettet den Günnemann Kotten .e.V., Marc Junge; Ver.di EN, Hans-Georg Harms; VVN-Bund der AntifaschistInnen im EN-Kreis, Karlheinz Berger-Frerich

VisdP: Knut Unger, MieterInnenverein, Bahnhofstr. 46, Witten